



Empfehlungen für den Umgang mit der Straßenszene wohnungs- und arbeitsloser Menschen in Bregenz

1. Ausgangslage und Problembeschreibung

Seit Jahren schon gibt es in Bregenz mehr oder weniger konstante Gruppen von Menschen mit unterschiedlichsten sozialen Problemlagen, die sich an wechselnden öffentlichen Orten der Stadt aufhalten und dort Anlass für Beschwerden sind. Die häufigsten Beschwerden gibt es unserer Beobachtung nach vom Leutbühl (GWL) bzw. den dort ansässigen Geschäftsleuten, in letzter Zeit war ähnliches für den Kornmarkt zu konstatieren, im Sommer kommen dann regelmäßig die Seeanlagen hinzu.

Die Gruppen sind in ihrer Zusammensetzung inhomogen, wobei es offenbar eine Stammklientel gibt, zu der sich wechselnde Personen zugesellen. Ca. 50 % des Personenkreises hat mehr oder weniger Kontakt zum DOWAS, die übrigen sind entweder nirgends angebunden oder in anderen sozialen Einrichtungen betreut (z.B. Suchthilfeeinrichtungen). Die Problemlagen, mit denen dieser Personenkreis behaftet ist, sind ebenso unterschiedlich und komplex:

- die meisten sind (langzeit-) arbeitslos oder sind in Pension

- viele haben einen gewohnheitsmäßigen Konsum von legalen und illegalen Drogen bis hin zur Suchtproblematik (wobei die Zahl reiner Alkoholiker ab, die von polytoxikomanen KonsumentInnen zunimmt),
- ein hoher Anteil hat (z.T. chronische) gesundheitliche, teilweise auch psychiatrische Probleme, wobei die meisten ärztliche Behandlung scheuen,
- im Vergleich zu früher ist die Zahl akut Wohnungsloser gering, allerdings lebt ein Großteil in unsicheren Wohnverhältnissen (Notschlafstellen, Pensionen, vorübergehende Unterkünfte in Zimmern oder Kleinstwohnungen etc.).

Es handelt sich insofern überwiegend um arme Menschen im klassischen Sinn (arm an Finanzen, arm an sozialen Kontakten, arm an Gesundheit, arm an Bildung, arm an Mobilität), die auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der letzten Jahre langfristig aus dem Arbeitsprozess heraus gefallen sind und unter den gegebenen Umständen keine Chance mehr haben, in ihn zurück zu kehren. Ein großer Teil von ihnen erfüllt nicht einmal mehr die Voraussetzungen für die Vermittlung in ein vom AMS gefördertes Arbeitsprojekt. Die übrigen oben beschriebenen Belastungen lassen sich leicht als solche erkennen, die in der Fachliteratur als Folgeerscheinungen von Langzeitarbeitslosigkeit, dem damit einhergehenden Verlust an Tagesstruktur sowie als Folge sozialer Ausgrenzung genannt werden. Insofern sind die beklagten Phänomene typisch für Zentren in wirtschaftlichen Ballungsräumen (wie es Bregenz in der Wirtschaftsregion Vorarlberg ist) bzw. die Schattenseiten der aktuell auch politisch forcierten wirtschaftlichen Umstrukturierungen. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der betroffenen Menschen auf längere Zeit stabil bleiben und sich angesichts steigender Arbeitslosenzahlen in Vorarlberg eher noch erhöhen wird.

Durch die Maßnahmen der Wohnungslosenhilfe ist es offenbar gelungen, akute Wohnungslosigkeit zu reduzieren und die Betroffenen in Auffang- bzw. (privaten) Behelfsunterkünften unterzubringen. Insofern verringerte sich auch die Zahl an offensichtlich verwahrlosten Menschen deutlich (bezeichnenderweise gehören zu dieser Szene so gut wie keine Menschen, die eine Intensivbetreuung in der Wohngemeinschaft oder im Ambulant betreuten Wohnen von DOWAS haben, also wenigstens ein Mindestmaß an Tagesstruktur und Anbindung haben).

Da auf Grund ihrer finanziellen Situation der Besuch von Lokalitäten mit Konsumzwang stark eingeschränkt ist, stellt die Straße für diese Menschen einen wichtigen Ort der Zusammenkunft und Kommunikation dar, der außerdem noch relativ unkontrolliert (und kontrollierbar) ist. Zumindest in der trockenen Jahreszeit ist die Straße auch reizvoller als niedrigschwellige Aufenthaltsort wie z.B.

der Treffpunkt von DOWAS, da auch dort ein Mindestmaß an einschränkenden Regelungen besteht (z.B. Verbot von Alkohol- bzw. Drogenkonsum), wohingegen beispielsweise das Alkoholverbot am Leutbühl formal zwar besteht, aber nur mit einem sehr hohen Personaleinsatz der Stadtpolizei durchzusetzen ist. Die belebten Straßen bzw. Geschäftszentren (z.B. Kaiserstraße, GWL am Leutbühl und Kornmarkt) vermitteln zudem für sozial Randständige das Gefühl, dennoch am sozialen Leben teil zu nehmen, sind eine Gelegenheit, die kargen Einkünfte (bspw. durch Bettelei) aufzubessern und sich (angesichts eingeschränkter Mobilität) gleichzeitig zu Fuß in den angrenzenden Geschäften zu versorgen.

Nach Beobachtungen der Exekutive und auch von MitarbeiterInnen des DOWAS gibt es in Bregenz zwei typische Aufenthaltsorte der Szene: Vor allem im Herbst/Winter ist es vor allem der Leutbühl, im Sommer trifft es besonders die Seeanlagen. Hinzu kommen wechselnde Plätze wie z.B. die Passage beim ehemaligen Yimpaş-Kaufhaus im Winter 2004/2005 bzw. der Kornmarkt im Frühjahr 2005. Die große Attraktivität des Leutbühls besteht neben den bereits erwähnten Faktoren insbesondere in den Unterstellmöglichkeiten bei schlechtem Wetter, in der besonderen Häufung von für den Personenkreis relevanten Geschäften (Apotheken/Medikamente, Spar/Lebensmittel und Alkohol) sowie den vorhandenen öffentlichen Toiletten. Ein Übriges tun allerdings auch der bauliche Zustand und die architektonische Gestaltung des GWL, die eine den beschriebenen Personenkreis geradezu anziehende Atmosphäre schaffen. Hinzu kommt, dass verschiedene Maßnahmen, die zur Vertreibung des ungeliebten Personenkreises gedacht sind, eher das Gegenteil bewirken: Z.B. verhindert der Mangel an öffentlichen Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten am Leutbühl (ähnlich auch am Kornmarkt) eher, dass der Platz auch von anderen BürgerInnen bzw. Passanten als Aufenthalts- und Kommunikationsort genutzt wird, so dass letztlich nur noch die übrig bleiben, die das Sitzen auf Betonmauern bzw. -geländern nicht stört – z.B. der hier beschriebene Personenkreis. Dadurch fallen sie aber im Platzbild besonders auf, während sie bei einer umfassenderen sozialen Nutzung des Platzes wahrscheinlich weit weniger wahr genommen würden.

Beschwerden über die Situation am Leutbühl wurden bspw. auf einer Sitzung von Geschäftsleuten mit dem Bürgermeister am 29. März 2005 folgende geführt:

- Starke Zunahme von nichtsesshaften Personen und jugendlichen Gangs (z.B. Punker)
- Verstärkte Verschmutzung des Platzes und des GWL
- Verstärkte Bettelei

- Häufige Belästigungen von Passanten und KundInnen des GWL, z.T. mit Nötigungen
- Nicht näher benannte Zahl von Ladendiebstählen
- Häufiger Alkoholismus und Zunahme von Gewaltausbrüchen
- Insgesamt Verschandelung des Stadtbildes

Hinsichtlich des Kornmarkts wurde von der BH Bregenz gegenüber der Landeshauptstadt Bregenz die Ansammlung von „unsteten Personen“ mit dem Hinweis beklagt, hier sei eine Drogen- und Substitutionsszene entstanden. Des Weiteren gingen beim Sozialamt der Stadt Bregenz in den letzten Monaten diverse Beschwerden zu Einzelfällen ein (z.B. von der Verwaltung des Geländes Quellenstraße 16 über Nötigungen auf dem Gelände).

In einer Sitzung am 26.04.2005 unter Beteiligung der Stadtpolizei, Gendarmerie, des Sozialamtes, der Streetwork des IfS und von DOWAS wurde hierzu übereinstimmend festgestellt:

Eine starke Zunahme von nichtsesshaften Personen in der Stadt sei nicht fest zu stellen, ebenso wenig eine Zunahme von strafbaren Handlungen. Das Entstehen einer offenen „Drogen- und Substitutionsszene“ könne ebenfalls nicht bestätigt werden, Belästigungen von Passanten können vorgekommen sein, wurden aber nicht aktenkundig und dürften ebenfalls zumindest nicht zugenommen haben. Eine Zunahme von Bettelerei gehe im Wesentlichen auf nicht in Vorarlberg Ansässige zurück, die wohl durch die Öffnung der Grenzen in der EU verstärkt auch hier ihrem „Geschäft“ nachgingen. Tatsache sei die seit Jahren, oben beschriebenen Szene, zu der auch Alkoholiker und Drogenabhängige gehören. Dass in einer solchen Szene auch Verwaltungsübertretungen begangen würden sei selbstredend, in Bregenz aber nicht eklatant – ergänzt werden könnte: und im Verhältnis zu anderen Ballungsräumen sogar vergleichsweise gering. Auffällig seien der Alkoholismus und die in seiner Folge entstehenden aggressiven Auseinandersetzungen bzw. Konflikte vor allem untereinander, vereinzelt auch mit PassantInnen.

2. Einschätzung bisher getroffener und vorgeschlagener Maßnahmen

Für den Leutbühl besteht ein Alkoholkonsumverbot, das polizeilich aber nur mit sehr hohem Personaleinsatz durch zu setzen ist. Bei letzterem spielt auch eine Rolle, dass die Versorgung mit Alkohol im GWL für jedermann/-frau gewährleistet ist.

Auf der Sitzung mit dem Bürgermeister wurde von Geschäftsleuten vorgeschlagen, am Leutbühl Überwachungskameras zu installieren. Zur Überwachung des Platzes und zur Abschreckung bzw. Dokumentation von Belästigungen, Diebstählen und Verschmutzungen müssten jedoch mind. 4 bis 5 Kameras installiert werden, was einen erheblichen Kostenfaktor ausmachen würde. Da die betreffende Szene ohnehin ihre Aufenthaltsorte wechselt, wäre diese Maßnahme im Sinne einer Gesamtlösung des Problems wenig effektiv und würde bestenfalls nur zu einer räumlichen Verlagerung führen (s. Beschwerden vom Kornmarkt).

Gemäß § 54 Abs. 6 SPG, BGBl. Nr. 566/1991 i.d.g.F. wären für die Installation solcher Überwachungskameras auch folgende Voraussetzungen zwingend erforderlich:

„Ist auf Grund bestimmter Tatsachen, insbesondere wegen vorangegangener gefährlicher Angriffe, zu befürchten, dass es an öffentlichen Orten (§ 27 Abs. 2) zu gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit oder Eigentum von Menschen kommen wird, dürfen die Sicherheitsbehörden zur Vorbeugung solcher Angriffe personenbezogene Daten Anwesender mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ermitteln.“

Bei den zur Beschwerde gebrachten Vorkommnissen handelt es sich jedoch überwiegend um Verwaltungsübertretungen, weshalb die Argumentation für das Vorliegen der Voraussetzungen für die Installation eine sehr schwache wäre.

Auf der gleichen Sitzung wurde angeregt, am Leutbühl die Sitzmöglichkeiten weiter zu beschränken und bspw. einzelne Schalensitze anstelle der zum Niederlegen einladenden Bänke zu installieren. Wie oben bereits beschrieben erwarten wir von solchen Maßnahmen jedoch eher gegenteilige Effekte. Außerdem sei die Frage erlaubt, wieweit die städtebauliche Funktion von Plätzen (sozialer Kommunikations- und Aufenthaltsraum für BürgerInnen) noch gesenkt werden soll, um „unliebsame Personen“ von ihnen fern zu halten.

Von verschiedenen Seiten wurde vorgeschlagen, einen günstigen Aufenthaltsplatz in Bregenz zu definieren, an dem sich der beschriebene Personenkreis sammeln könne und solle. Sowohl von der Exekutive, als auch von DOWAS wird dieser Vorschlag abgelehnt, da er in der Konsequenz zu einer offiziell etablierten offenen Szene führen würde, die Sogwirkung über Bregenz hinaus hätte. Außerdem ist u.E. die derzeitige Situation regelmäßig wechselnder Plätze zu bevorzugen, da dadurch die Belastungen für das Umfeld verteilt werden.

In eine ähnliche Richtung geht der Vorschlag, die Öffnungszeiten des DOWAS-Treffpunkts auf die Nachmittagszeiten auszuweiten. In der Tat zieht der Treffpunkt an den Vormittagen (von 8.30 h bis 13.00 h) durchschnittlich 40 bis 50 BesucherInnen an und entlastet somit die öffentliche Situation in der Stadt. Allerdings suchen die BesucherInnen in dieser Zeit vor allem die Versorgungsmöglichkeiten des Treffpunktes (Verpflegung, Waschen, Post abholen etc.) und verknüpfen dies mit einem Aufenthalt. Zumindest in den Frühjahrs- und Sommermonaten wäre der Treffpunkt jedoch außerhalb seiner derzeitigen Öffnungszeiten weit weniger attraktiv als die öffentlichen Plätze (s.o.). Überlegenswert wäre eine Verlängerung allerdings für die Herbst- und Wintermonate, wofür allerdings die Personalkapazitäten erhöht werden müssten.

Allgemein ist die Forderung zu hören, die Exekutive solle die verschiedenen Orte von den das Stadtbild beeinträchtigenden Personengruppen räumen. Dies mag zwar populistisch eingängig sein, ist aber sowohl moralisch als auch rechtlich höchst bedenklich – berührt es doch die Frage, wer unbeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum erhalten soll und wer nicht. Die Vertreter von Gendarmerie und Stadtpolizei wiesen auf der erwähnten Sitzung am 26.04.2005 nachdrücklich darauf hin, dass es in den vorliegenden und beschriebenen Fällen keinerlei rechtliche Handhabe für generelle Platzverweise gebe. Verweise seien nur bei „besonders rücksichtslosem Verhalten“ möglich, was aber in Bregenz nicht die Regel sei. Bei entsprechenden Vorfällen könne auch nur gezielt gegen die jeweiligen Verantwortlichen eingeschritten werden. Dies geschehe durch die Exekutive bereits jetzt, genauso wie bei Beobachtung von und Verdacht auf Straftaten (z.B. Verstöße gegen das Suchtmittelgesetz) bzw. bei beobachteten Verwaltungsübertretungen. Gemeinsam mit allen anderen TeilnehmerInnen der Sitzung wurde auch von den Exekutivvertretern fest gehalten, dass die beklagte Problematik generell nicht polizeilich zu lösen sei und es hier anderer, v.a. auch sozialarbeiterischer Maßnahmen (bspw. in Form von Streetwork) bedürfe. Genauso wichtig seien aber auch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, die einen Bewusstseinswandel der Bevölkerung in Richtung auf einen realistischeren Umgang mit sozialen Problemen und Belastungen heutiger Wirtschaftsregionen in Gang setzen. Ein Teil der Zuspitzung des Problems scheint u.E. auch darin zu liegen, dass die Existenz von umfassender Armut nicht gerne öffentlich eingestanden wird und deshalb die Reaktionen auf das öffentlich Sichtbarwerden von Armut mit all ihren Begleiterscheinungen besonders heftig sind.

3. Empfehlungen von DOWAS für künftige Maßnahmen

Prinzipiell gehen wir bei dem hier vorgeschlagenen Maßnahmenbündel davon aus, dass es auf absehbare Zeit keine grundsätzliche Lösung für die beschriebene Problematik gibt. Ziel kann es u.E. nur sein, die Lage zu entspannen, konflikthafte Situationen zu deeskalieren und sozial verträgliche Umgangsformen zu entwickeln bzw. die gegenseitige Akzeptanz zu fördern.

a.) Unter dieser Prämisse empfehlen wir der Stadt Bregenz in erster Linie, bei der Landesregierung nachdrücklich auf die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten (z.B. niedrigschwellige Arbeitsprojekten) für Menschen zu drängen, die den Kriterien für die vom AMS geförderten Projekte nicht genügen (z.B. SozialhilfeempfängerInnen). Damit wäre es unserer Einschätzung nach möglich, je nach Zahl der geschaffenen Beschäftigungsplätze bis zu 40 % des hier zur Debatte stehenden Personenkreises in eine Tagesstruktur einzubinden, was die Straßenszene vom Umfang her reduzieren und die Situation grundsätzlich entspannen würde.

b.) Parallel schließen wir uns der Empfehlung aller auf der Sitzung vom 26.04.2005 Anwesenden an, Streetwork für den beschriebenen Personenkreis unter den oben angeführten pragmatischen Zielsetzungen („harm reduction“) durch zu führen. Dies beinhaltet grundsätzlich die Perspektive von weitestmöglicher Integration und schließt weitere (ohnehin unrealistische) Ausgrenzung aus.

Aufgaben einer solchen Streetwork wären

- Kontaktaufnahme mit der Szene, Erhebung derer Bedürfnisse und Vertrauensbildung
- Niedrigschwelliges Angebot von alltagspraktischen Versorgungs- bzw. Informationsleistungen: Dieses Angebot ist neben dem Effekt direkter harm reduction u.a. auch für die Kontaktaufnahme und Vertrauensbildung erforderlich, da die Szene auch einen subjektiven Nutzen der Streetwork erkennen muss. Hierzu könnten kleinere gesundheitliche Versorgungs- bzw. Präventivmaßnahmen ebenso zählen wie die Information über weitergehende Hilfsmöglichkeiten und die Motivation zur Kontaktaufnahme mit entsprechenden Institutionen (z.B. DOWAS, Ärzte, Sozialämter, Suchthilfeeinrichtungen etc.). Gerade in diesem Zusammenhang wären auch die von uns empfohlenen Beschäftigungsprogramme wichtig, da ein nicht unerheblicher Teil der Szene Interesse an Jobs hat und für entsprechende Kontaktherstellung (z.B. durch die Streetworker) aufgeschlossen wäre.

- Erprobung von aktivierenden „Freizeit“-Maßnahmen, u.U. in Zusammenarbeit mit dem DOWAS-Treffpunkt. Diesbezüglich gibt es allerdings wenige Erfahrungen für die Arbeit mit offenen Gruppen, erste Versuche laufen jedoch derzeit im Treffpunkt. Die dort gemachten Erfahrungen könnten in eine Streetwork einfließen.
- Kontaktaufnahme mit sich durch die Szene belästigt fühlenden BürgerInnen, Erhebung derer Bedürfnisse und Vertrauensbildung.
- Vermittlung in personenbezogenen Konfliktsituationen: Dies beinhaltet jedoch ausdrücklich nicht den Einsatz auf Abruf, wenn es irgendwo in der Stadt akut einen Konflikt gibt. Stattdessen sollten die Streetworker AnsprechpartnerInnen sein, an die man sich direkt wenden kann, wenn sie vor Ort sind, bzw. die andernfalls im Nachhinein versuchen, die Situation zu klären und für die Zukunft verträgliche Lösungen zu finden.
- Vermittlung in strukturellen Konflikten. Hierzu zählen Konflikte bei der Konkurrenz unterschiedlicher Interessensgruppen um die Nutzung des öffentlichen Raums, die nicht auf individueller Ebene zu lösen sind. Auf der Sitzung am 26.04.2005 wurde bspw. die Idee entwickelt, man könne Plätze definieren, an denen die Präsenz einer offenen Straßenszene von Seiten der Stadt keinesfalls gewünscht, während sie an den anderen Plätzen definitiv geduldet wird, solange es in rechtlich geordneten Bahnen verläuft. Umgekehrt könnte in der Szene erhoben werden, welche Plätze für sie besonders wichtig sind. Über die Streetwork könnte versucht werden, diesbezüglich einen Kommunikationsprozess zu initiieren und für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden. Es sei allerdings darauf hin gewiesen, dass es mit solchen Prozessen zwar Erfahrungen bspw. in der Gemeinwesenarbeit, aber kaum aus der Arbeit mit offenen Straßenszenen gibt. Ein solcher Versuch hätte folglich experimentellen Charakter und erforderte von allen Beteiligten ein hohes Maß an Zustimmung und Gelassenheit, nicht aber kurzfristigen Erfolgsdruck.

Organisatorisch empfehlen wir eine Anbindung der Streetwork an das DOWAS, und hier speziell an den niedrigschwelligen Treffpunkt. Der Mitarbeiter des Streetwork-Projektes vom IfS hat auf der Sitzung am 26.04.05 klar gestellt, dass seine Zielgruppe auftragsgemäß Jugendliche seien und keine Kapazitäten für die hier beschriebene Gruppe von Erwachsenen bestehen. Auch vom fachlichen her bietet sich das DOWAS an, da sowohl die Zielgruppe als auch der Themenbereich zu seinem Aufgabenbereich gehört und es lediglich um eine ergänzende Methode (Streetwork) ginge. Im Sinne von Synergieeffekten wären wichtige infrastrukturelle Voraussetzungen und vor

allem über die eigentliche Streetwork hinaus gehendes fachliches Wissen (z.B. zur Unterstützung beim Aufgabenbereich Konfliktvermittlung) bereits vorhanden.

Die konkrete Einbindung der Streetworker in den Treffpunkt ist insofern nahe liegend, da hier ohnehin Kontakte zu einem Teil des in Frage kommenden Klientels bestehen und es bereits fachliches Know How für eine niedrighschwellige Arbeit gibt. Darüber hinaus bestünde die Möglichkeit, bisher nicht erfasste KlientInnen aus der Straßenszene stärker an den Treffpunkt zu binden (und von dort bei Bedarf in höherschwellige Betreuungsformen zu vermitteln). Hierfür ist jedoch eine personelle Kontinuität zwischen Streetwork und Treffpunkt Voraussetzung.

Empfehlenswert wären 20 Wochenstunden Arbeitskapazität für die Streetwork, die einen bedarfsgerechten und flexiblen Einsatz auf der Straße von 2 bis 4 Stunden an 5 Tagen pro Woche ermöglicht. Die restliche Zeit stünde für institutionelle bzw. Vermittlungsarbeiten zur Verfügung. Über die Streetworker sollten auch die aktivierenden „Freizeit“-Maßnahmen des Treffpunkts abgedeckt werden, die derzeit auf ein Jahr befristet von der Stadt Bregenz mit einem Zeitumfang von 3 Wochenstunden (Personalarbeitszeit) gefördert werden. Insofern wären nur noch 17 zusätzliche Personalstunden erforderlich. Diese Verknüpfung wäre einerseits im Sinne der oben beschriebenen Aufgaben der Streetwork. Andererseits wäre es möglich, in der Herbst- und Winterzeit, in der auch eine Straßenszene lieber ein Dach über dem Kopf hat, einen Teil der im Frühjahr/Sommer intensiv betriebenen Straßenarbeit in Gruppenaktivitäten im Treffpunkt umzuschichten und möglichst viele Angehörige der Straßenszene dorthin zu ziehen.

c.) Wir empfehlen, bei der künftigen Stadtplanung ein starkes Gewicht auf die Gestaltung der Plätze im Stadtgebiet zu legen und die baulichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie BürgerInnen zum Verweilen einladen und als sozialer Kommunikationsort (ohne Konsumzwang) genutzt werden. In die gleiche Richtung gehen bereits Empfehlungen, die von einer Arbeitsgruppe aus der Jugendarbeit dem Jugendausschuss der Stadt vorgelegt wurden. Die zu erwartenden Wirkungen auf die Straßenszene wohnungs- und arbeitsloser Erwachsener wurden oben bereits beschrieben.

d.) Wir schließen uns der Einschätzung der Teilnehmer der Sitzung am 26.04.2005 an, dass es eines Bewusstseinswandel der Bevölkerung im Umgang mit sozialen Problemen bzw. Randgruppen und den daraus resultierenden Konflikten bedarf. Dieser ist zur Absicherung des Erfolgs der hier vorgeschlagenen Maßnahmen erforderlich, sicherlich aber nur langfristig zu realisieren. In diesem Kontext bedarf es von der Politik, speziell der Stadtpolitik, einen möglichst breiten Rückhalt für die

Maßnahmen, der auch öffentlich vertreten wird. Dazu gehört auch das öffentliche Stehen zu der Tatsache, dass die Entwicklung einer Stadt wie Bregenz zur Metropole einer ganzen Region nicht nur vorteilhafte Auswirkungen hat, sondern auch soziale Konsequenzen, die nicht unbedingt wünschenswert sind. Vor allem aber ist wichtig, dass aus einem nur auf längere Sicht erfolgreichen Projekt wie dem hier vorgeschlagenen der kurzfristige (politische) Erfolgsdruck genommen wird. Manche politischen Reaktionen auf Probleme mit der Wohnungs- und Arbeitslosenszene machen derzeit den Eindruck von hektischer Betriebsamkeit mit dem Ziel, möglichst schnell Schwierigkeiten zu beseitigen, die kurzfristig nicht zu beseitigen sind. So verständlich das Anliegen ist, auf die Beschwerden sich belästigt fühlender BürgerInnen einzugehen, so wichtig wäre es auch, bei mancher Beschwerde auf die Selbstverantwortung und Eigenaktivität zu verweisen, ohne die ein demokratisches Gemeinwesen nicht funktioniert. Unserer Beobachtung und persönlichen Erfahrung nach ließe sich manche Konfliktsituation mit etwas mehr Zivilcourage sowie einem gelasseneren und respektvolleren Ton (gerade wenn das Gegenüber eher respektlos und aggressiv agiert) vielfach auch ohne Eingreifen von Polizei oder Einschaltung höchster Stellen bereinigen.